

SOLIDARITÄT

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

Themen in dieser Ausgabe:

- Stuttgart 21...!
- Agenda ...!
- Hartz IV ...!
- Entlassungen ...!
- Streikbrecher ...!
- Journalismus ...!
- Offener Brief ...!
- Ostermarsch ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Aus der Pressemitteilung der Stuttgart 21-Gegner	2
Merkels Agenda des Schreckens	2
Jobcenter sparen bei Hartz IV-Beziehern	2
Brüssel will Entlassungen erleichtern	2
DGB stellte Streikbrecher	2
Journalismusforschung: "Ganz auf Linie mit den Eliten"	3
Offener Brief an den DGB Vorsitzenden Sommer	3
Auf zum Ostermarsch am 1. April, Ostermontag in Müllheim	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Der Mensch geht vor Profit

Ihre Neujahrsansprache hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geschickt genutzt, um den Bürgern Wasser in den Sekt zu gießen. So sagte sie unter anderem: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, 2013 wird ein Jahr vieler 50. Jahrestage. Vor 50 Jahren wurde der Silvester-Klassiker „Dinner for One“ in Hamburg aufgezeichnet. Es fand der 1. Spieltag der Fußball-Bundesliga statt. Am Anfang sind es oft nur wenige, die vorausgehen, einen Stein ins Rollen bringen und Veränderung möglich machen. Auch heute gibt es in unserem Land viele Mutige und Hilfsbereite. Es sind Gewerkschafter und Unternehmer, die gemeinsam für die Sicherheit der Arbeitsplätze arbeiten. ...“) So wurde es möglich, dass wir in diesem Jahr die niedrigste Arbeitslosigkeit und die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung hatten. Das bedeutet für viele hunderttausend Familien, eine sichere Zukunft zu haben und Anerkennung zu erfahren. Und das bedeutet für unsere jungen Menschen die Sicherheit, eine Ausbildung, einen Arbeitsplatz und damit einen guten Start ins Leben zu haben.“



Dreister geht es nimmer, Frau Kanzlerin. An ganz andere Jahrestage müsste erinnert werden, z. B. der Tag der Machtübertragung an die Faschisten und die dann folgende Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Und von wegen sichere Zukunft.

Die Realität hinter der geschönten Arbeitsmarktstatistik sieht leider so aus: jeder fünfte Beschäftigte (20,6 %) muss für einen Billigstlohn arbeiten; mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen bis 24 Jahren arbeitet befristet oder ist in Leiharbeit beschäftigt und rund 2,2 Millionen jüngere ArbeiterInnen im Alter zwischen 20 bis 34 Jahren (15 % dieser Altersgruppe) haben keinen Berufsabschluss. Millionen Frauen und Männer haben gar keine Arbeit. Fakt ist: Sie und ihre Einflüsterer wollen, dass der deutsche Staat noch marktkonformer – sprich asozialer wird. Laut Informationen des SPIEGEL basteln Bedienstete von Finanzminister Schäuble an einem umfangreichen Sparpaket mit dem Titel „Mittelfristige Haushaltsziele des Bundes“ für die Zeit nach der Bundestagswahl.

Die ministerialen Rotstift-Akrobaten schlagen darin z. B. vor, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent zu streichen. Dieser wird unter anderem auf Lebensmittel, Bücher oder Tickets im Nahverkehr erhoben. Allein damit ließen sich 23 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielen. Zusätzlich soll der Zuschuss zum Gesundheitsfonds um 10 Prozent gekürzt werden. Ein Aufschlag auf die Einkommensteuer, beschönigend „Gesundheits-Soli“ genannt, soll künftig dazu beitragen die „Gesundheitskosten“ im Griff zu halten. Und der vorzeitige Ruhestand soll „unattraktiver“ gemacht werden. Dazu soll der jährliche Abschlag von 3,6 Prozent von der Rente, der bei einem vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben erfolgt, auf 6,7 Prozent erhöht werden. Selbst die Witwenrente soll sinken. Und dabei wird es nicht bleiben. Und zeitgleich kommt Philipp Rösler mit seinem Positionspapier, in dem deutlich wird, zu welchen weiteren sozialen Schweinereien er und seine Gefolgschaft für die

Profitinteressen des Kapitals fähig sind. So fordert er die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Man brauche Erleichterungen für befristete Beschäftigungsverhältnisse, „auch durch Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots sowie eine beschäftigungsfreundliche Ausgestaltung des Kündigungsschutzes“,



heißt es im Positionspapier des Wirtschaftsministers. Damit gemeint ist, dass die erforderliche Neuregelung nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Altersdiskriminierung nicht beschäftigungsfreundlich – gemeint ist profitschmälernd – ausgestaltet werden. Außerdem erteilt der FDP-Vorsitzende jeder Form eines Mindestlohns eine klare Absage. Und da mahnt uns Kanzlerin Merkel doch tatsächlich zur Geduld. Die aber werden wir nicht haben, sondern wir kämpfen für den schnellstmöglichen Beginn einer Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt.

Wie sagte die Kanzlerin doch so richtig: „Am Anfang sind es oft nur wenige, die vorausgehen, einen Stein ins Rollen bringen und Veränderung möglich machen.“

Der Mensch geht vor Profit – oder vor den Hund(t)!

von Manfred Dietenberger



Aus der Pressemitteilung der Stuttgart 21-Gegner:

Bahnvorstände Grube und Kefer wegen Untreue und Betrugs angezeigt.

Stuttgart, 11. Februar 2013: Weil sie wider besseres Wissen den Aufsichtsrat der Bahn AG nicht rechtzeitig über die Kostenexplosion bei S 21 informierten, weiter ohne Rechtsgrundlage Bauaufträge erteilten und weiter

bauen ließen, haben Dr. Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 sowie der ehemalige Vorsitzende Richter am Landgericht Stuttgart Dieter Reicherter die Bahnvorstände Rüdiger Grube und Volker Kefer angezeigt. Tatvorwurf der heute bei der Staatsanwaltschaft Berlin einge-

gangenen Anzeige: Betrug und Untreue. Von Loeper und Reicherter machen geltend, das Milliardendefizit und die damit weggebrochene Finanzierung des Projekts seien dem Bahnvorstand nach verlässlichen Informationen seit Anfang Juli 2012 bekannt gewesen.

Quelle: Bei Abriss Aufstand



Merkels Agenda des Schreckens

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos redete die Kanzlerin endlich einmal Klartext und stellte die Grundzüge ihrer Agenda für Europa vor. Die Kanzlerin hat nichts, aber auch gar nichts, verstanden und will nun die Gunst der

Stunde nutzen, um Europa bereits in diesem Jahr von Grund auf umzukrempeln. Durch die Blume gab sie dabei auch zu, dass ihr die Eurokrise keineswegs ungelegen kommt, um ganz Europa einer neoliberalen Agenda zu unter-

werfen. Wer sich die Mühe macht, Merkels Rede durchzulesen, kommt selbst als abgeklärter Kritiker neoliberaler Politik aus dem Staunen nicht mehr heraus.

Quelle: Nachdenkseiten



Jobcenter sparen bei Hartz IV-Beziehern

„...Immer weniger geben die Jobcenter für die Förderung und Arbeitsmarktintegration von Hartz IV Betroffenen aus. Stattdessen heißt vielerorts die Devise Erwerbslose schnell in die Zeitarbeit zu vermitteln. Mitt-

lerweile muss auch die Chefetage der Bundesagentur für Arbeit einräumen, dass es hier „Fehlentwicklungen“ gibt. Offenkundig wird die vielfach minder-qualitative Vermittlungsarbeit der Jobcenter auch an den

„Ersparnissen“ der Behörden. Insgesamt 900 Millionen Euro wanderten aus 2012 wieder in den Bundeshaushalt zurück, statt mit dem Geld Erwerbslose zu helfen...“

Quelle: gegen-hartz.de

Brüssel will Entlassungen erleichtern

Nach der Finanzpolitik will die EU nun auch noch die Wirtschafts- und Sozialpolitik koordinieren. Die Löhne müssten stärker an die Produktivitätsentwicklung angepasst werden, Entlassungen müssten leichter möglich sein, fordert die EU-Kommission. Bundeskanzlerin Angela Merkel will das sogar zur Pflicht machen – für den Frühjahrsgipfel im März bereitet

sie eine Wettbewerbs- und Reforminitiative nach dem Vorbild der Agenda 2010 vor. Daran würden selbstverständlich auch die Sozialpartner beteiligt, heißt es in Berlin. Doch nun sind die Gewerkschaften in Brüssel ausgeschert. Ungewöhnlich heftig protestiert vor allem der europäische Dachverband IndustriAll. Der Vorschlag der Kommission,

auf EU-Ebene über Tarifpolitik und Arbeitsrecht zu reden, sei ein Anschlag auf die Tarifautonomie und könne zur „Senkung der Löhne“ führen, heißt es in einem Protestschreiben des Dachverbands, der 197 europäische Industriegewerkschaften vereint (darunter IG Metall und IG BCE).

Quelle: taz

DGB stellte Streikbrecher

Gewerkschaftseigene Leiharbeitsfirma sabotierte 2011 und 2009 Arbeitskampf bei Supermarktkette. Konsequenzen nach Pressebericht: Betrieb wird eingestellt, Prokurist muß gehen. Nicht genug, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund jahrelang eine eigene Leiharbeitsfirma betrieb und so zur Unterminierung der Flächen-

tarifverträge beitrug. Das Unternehmen »Weitblick-Personalpartner GmbH« kooperierte darüber hinaus beim Streikbruch. Nach jW-Recherchen versorgte »Weitblick«, eine hundertprozentige Tochter des DGB-Berufsbildungswerkes Bfw, in der Vergangenheit wiederholt Filialen der Supermarktkette Real mit Leihar-

beitskräften, während diese durch die Gewerkschaft ver.di bestreikt wurden. Wie junge Welt aus ver.di-Kreisen im Saarland erfuhr, war dies zuletzt während der Einzelhandelsstreiks 2011 und 2009 der Fall. Das Bfw bestätigte die Vorwürfe am Freitag auf Nachfrage.

Quelle: junge Welt

Seid solidarisch!

Journalismusforschung: "Ganz auf Linie mit den Eliten"

Eine neue Studie analysiert die Berichterstattung von deutschen Spitzenjournalisten

Wie eng verbunden sind deutsche Spitzenjournalisten mit anderen Eliten unserer Gesellschaft? Und spiegelt sich die Verbundenheit zwischen Top-Journalisten und anderen Eliten auch in der Berichterstattung wieder?

Uwe Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, gibt Antworten auf die Fragen. In einer beeindruckenden Studie hat Krüger die Netzwerkverbindungen deutscher Spitzenjournalisten analysiert. Seine Studie, die gewaltig am pluralistisch-demokratiethoretischen Medienverständnis rüttelt, ist nun unter dem Titel

"Meinungsmacht" als Buch erschienen. Ein Buch, das zu einem Standardwerk in der Journalistenausbildung und in den Redaktionen werden sollte.

Im Telepolis-Interview verrät Krüger, welche Journalisten eine besondere Nähe zur Elite aus Politik und Wirtschaft haben und berichtet, welche klassischen Techniken der Propaganda er in deutschen Leitmedien gefunden hat...

Quelle: Telepolis



Offener Brief an den DGB Vorsitzenden Sommer

Lieber Michael Sommer, sicherlich erinnerst du dich. Mai 1975. Freie Universität Berlin. Du studierst am OSI (Otto Suhr Institut), ich an der WiSo (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät). Du warst bei der ADSPol, ich bei der ADSök. ADS stand für Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten.

Wir waren – na klar – jünger. Und: Wir wollten die Welt verändern. Nicht irgendwie, sondern zum Besseren für die Vielzahl der Menschen in unserem Land. Gemeinsam mit ihnen. Vor allem wollten wir: Eine Welt ohne Krieg und: Von Deutschland solle nie wieder Krieg ausgehen.

30 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, der zu viele Opfer forderte, stritten wir gemeinsam für eine Welt in Frieden. Deshalb war/ist uns ein Tag wie der 1. September bedeutsam: Nie wieder Krieg. Deshalb heißt es im Grundsatzprogramm unseres DGB: „Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden.“

Inzwischen haben wir uns aus den Augen verloren. Du wurdest Vorsit-

zender des DGB. Ich bin Betriebsrat und stellvertretender Vorsitzender des DGB Kreises Markgräflerland.

Du lebst in Berlin, ich in Müllheim. Allerdings stehen beide Orte - und so auch wir - in unmittelbarer Beziehung: In Müllheim ist der Stab der Deutsch-Französischen Brigade stationiert. Dieser militärischer Grossverband ist dafür aufgestellt, Kriege in aller Welt zu führen. Wenn denn die Oberen in Berlin so verfügen, dann werden blutjunge Menschen von Müllheim aus in neue Krieg geschickt.

Gewerkschafter und Friedensbewegte treten in Müllheim der Militarisierung der Politik entgegen. Sie (wir) wollen keine Politik, die Kriege als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln begreift.

Umso mehr haben uns deine/die Verlautbarungen nach deinem Treffen mit dem Bundesverteidigungsminister De Maizière, zu dem du Initiative ergriffen hast, entsetzt.

Nicht reflexartig, weil es nicht statthaft ist, mit Kriegsbeifürwortern Gespräche zu führen. Man (wir) müssen immer Gespräche führen. Entsetzt hat mich, dass nun auch für

dich Kriege als Fortsetzung der Politik zwar nicht schön, aber unumgänglich erscheinen. Und sie zumindest der Mitbestimmung unterliegen sollten.

Wie sich dies mit der gewerkschaftlichen Forderung: Nie wieder Krieg! Vereinbaren lassen soll, ist mit unverständlich.

Lieber Michael Sommer, dich erreicht dieser Brief als öffentlicher, weil ja auch du vor die Presse getreten bist, ohne mich zu fragen, was ich denn von deinen Äusserungen zu Fragen von Krieg und Frieden halte.

Vielleicht (hoffentlich) habe ich deine Ausführungen überhaupt falsch verstanden. Um die möglichen Mißverständnisse auszuräumen, lade ich dich herzlich nach Müllheim ein, damit wir diese Problematik durchaus öffentlich bereden können.

Müllheim, 12. Februar 2012

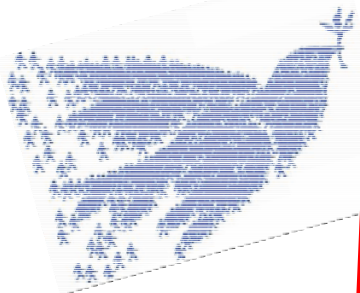
Mit kollegialen Grüßen

Uli Rodewald

Betriebs- & Friedensrat



Uli Rodewald



Auf zum Ostermarsch am 1. April, Ostermontag in Müllheim

**Frieden ist das Mindeste!
La Paix au minimum!**

Auch in diesem Jahr werden wir zu Ostern in Müllheim auf die Straße gehen, um für Frieden und sozialen Fortschritt einzutreten. Momentan arbeiten wir daran, einen Aufruf zu verfassen und Rednerinnen aus Frankreich und Deutschland einzuladen. Wir wollen auch etwas sagen zum Unterschied von Waffenbrüderschaft

und Völkerverständigung. Erste Verabredungen mit Mitgestalterinnen des diesjährigen Ostermarsches sind getroffen und bestätigt: Die Ergebnisse lassen sich unter "Mitwirkende" sehen. An dieser Stelle informieren wir über Neuigkeiten in der Organisation des Ostermarsches 2013 in Müllheim; und was noch zu tun bleibt. Ihre Anregungen und Unterstützung können Sie uns schon heute zukommen lassen. Und heute

können Sie auch bereits in Ihren Terminkalender dies eintragen: Ostermarsch 2013 in Müllheim - Ostermontag, 1. April 2013 - 14.00 Uhr Robert Schuman Kaserne Müllheim - 15.00 Uhr Kundgebung Marktplatz Müllheim.

Friedensrat Markgräflerland Sobald der Aufruf erschienen ist wird dieser über den Verteiler und die Webseite bekannt gemacht, um ihn zahlreich zu verbreiten!



Ostermarsch 2012

V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Lisy** - Initiative von Links-Sympathisanten und Mitgliedern DIE LINKE, Es ist ein Gesprächskreis über politisch-kulturelle Themen, in der Regel jeden ersten Freitag im Monat in Weil oder Grenzach statt. Anmeldungen unter: info@dreieck-lisy.de



Dazu: Versicherung an Eides statt
So verschieden werden eidesstattliche Versicherungen bewertet. Bei Schavan spielt sie keine Rolle, bei Gysi schon. Springers Welt hat mit dem alten Stasi-Vorwurf gegen Gysi ein Thema besetzt, das mal wieder zu einer Top-Nachricht in allen Medien reicht. Dabei sind außer einer Anzeige keine neuen Erkenntnisse in diesem Fall erkennbar. Die Welt selber gibt an, richtig lange und intensiv recherchiert zu haben. Das Ergebnis, so die nebulöse Aussage, sei für die Journalisten des Springer Blattes zumindest verdächtig. Das drückt sich dann auch in dem giftigen Kommentar von Torsten Krauel aus. Er schreibt "Gregor Gysi mangelt es an Respekt vor der Justiz", weil er nicht wie Wulff und Schavan einfach zurücktrete.
Quelle: André Tautenhahn



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell

"Mehr als 100 Wissenschaftler, Gewerkschafter, Politiker und Kirchenver-



treter haben jetzt in einem offenen Brief gefordert, für das die Rheinfelder Montagsdemonstration seit Bestehen eingetreten ist. Die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Sie ist geeignet, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Im Zuge der grenzüberschreitenden Kämpfe der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften richtet sie sich auch praktisch gegen

die Standorttümmelei von manchem Gewerkschaftsfunktionär, dem das Comanagement mit den Konzernen bisher wichtiger war, als der gemeinsame, konzernweite internationale Kampf um Jobs. Weil diese Thematik in den letzten Jahren aus Tarifverhandlungen rausgehalten wurden, hat es geradezu eine Kehrtwende Richtung 40h-Woche, Explosion von Überstunden, endlosen Arbeitszeitkorridoren und Mehrarbeit zum Ansammeln für Langzeitkonten gegeben.



Das alles hat Neueinstellungen und einen demographischen Wandel eher behindert. Also kommt die jetzige Erinnerung an die Forderung gerade zur rechten Zeit, wo regional die Zerstörung industrieller Arbeitsplätze zu Hauf droht. GABA, Brennet, BASF....., Jobs die auch unserer Jugend fehlen.

Mit der Solidaritätserklärung für die GABA- Belegschaft, die im Kampf um ihre Arbeitsplätze steht, beweist die Rheinfelder Montagsdemonstration traditionell ihre

Sympathie und Verbundenheit mit kämpferischen Belegschaften. Wir fordern natürlich alle Leser des Newsletter auf, in ihrem Freundes-, Verwandten- und Bekanntenkreis ebenfalls die praktische Solidarität zu organisieren.

GABA muss in Lörrach(D) und in Therwil(CH) bleiben.

Die Rheinfelder Montagsdemonstration wird in den nächsten Wochen wie im vergangenen Jahr darüber beraten, wie sie öffentlichkeitswirksamer an politischem Gewicht zulegen kann. Über Anregungen von Lesern des Newsletter würden wir uns sehr freuen."